

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden, Raden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkonton: Gebr. Kuhnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Albstadt

Bezugspreis einschließlich Frachtkosten monatlich 800.— M., durch die Post bezogen monatlich 850.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 280.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonntagsnummer 70.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9zeilige Nonpareilzeile 100.— M., die 8zeilige Reklamzeile 400.— M., auswärts 125.— M., Ausland 800.— M., 2600 Pf. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Anzeigenerstattung 30 Pf.

Nr. 11

Dresden, Sonnabend den 13. Januar 1923

34. Jahrg.

Nach dem Einmarsch

Von unserem Mitarbeiter im Ruhrgebiet wird uns aus Essen berichtet:
Der Einmarsch einer solchen riesigen Truppenmasse, wie sie die französischen Militärs für die „rein wirtschaftliche Aktion“ des Herrn Poincaré aufgebracht haben, in ein so dichtbesiedeltes Industrie- und so fein verarbeitetes Wirtschaftsgebiet, wie es die Ruhr darstellt, muß natürlich an sich schon wirken wie eine ergreifende Katastrophe in einer Zivilisationsmaschine. Der Produktionswert wird der stärkste Schlag verfeilt. Das wird sich bereits in aller nächster Zeit klar erweisen. Die Kohlenförderung des Ruhrgebietes wird unter dem militärischen Besatzungsstand und den Schikanen der französischen Militärs einen gewaltigen Rückschlag erleiden. Das wird nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa zu spüren bekommen.

Zwar hat die einrückende Truppenmasse sojald das zum größten Teil verlassene Gebäude des Kohlenindustrials in Besitz genommen; aber den Schlüssel zur Kohlenverteilung haben die Sendboten Poincarés nicht mehr vorgefunden. Der Pariser Besatz beweist wieder einmal einen völligen Mangel an wirtschaftlicher Einsicht, wenn er glaubt, durch die wenigen französischen und belgischen Beamten, die bisher in Essen zur Annahme und Verwaltung der Reparationsvollziehungen tätig waren, die Kohlenverteilung eines Kohlenlandes wie das der Ruhr wieder aufbauen zu können. Auch den entlassenen Ingenieuren wird es trotz ihrer militärischen Begleitung und der Befehlsgewalt, die ihnen durch die Militärmasse übertragen ist und die sie bis zu den Gewerkschaftsangehörigen ausdehnen, nicht leicht fallen, die Kohlenförderung und -verteilung des Ruhrgebietes weiterhin wie bisher in Gang zu halten. Gleich kann man, wie die Dinge liegen, die Besatzungsverordnungen anwenden, die geforderte Kohle zur Verfügung zu stellen. Die Reichsregierung hat indes als Protest gegen die Vergewaltigung durch den französischen Militarismus als besonders einschneidende Durchsetzungsmaßnahme die Einstellung der Sachleistungen und besonders der Kohlenlieferungen verfügt. Tatsächlich verweigert von der ersten Stunde des französisch-belgischen Kommandos an keine Wiederbezugsmaßnahmen mehr in der Richtung nach Frankreich und Belgien. Lediglich die Italienszüge wurden noch weiter abgefertigt, da es noch nicht feststeht, ob Italien ebenso wie Frankreich und Belgien als Vertragspartner angesehen werden muß. Vorläufig liegt nur die Behauptung Poincarés vor, daß Italien sich dem belgisch-französischen Vorgehen angeschlossen habe. Militärisch ist das nicht der Fall. Italien scheint höchstens zwei Ingenieure entsandt zu haben. Die Juden des neubehetzten Gebietes haben von der Reichsregierung den Befehl bekommen, das sie für erzwungene Kohlenlieferungen von der deutschen Regierung keine Barzahlungen mehr zu erwarten haben. Befordert Frankreich und Belgien die Kohlen von sich aus aus, so wird es auch für die Bezahlung auskommen müssen, soll nicht das gesamte Wirtschaftsleben des Ruhrgebietes innerhalb kürzester Frist in völliges Stocken geraten und die Juden außerstande sein, noch weiterhin ihre Arbeiter zu bezahlen. Welche Verschärfungen das noch sich zeigen muß, darüber dürften sich auch die Regierenden in Paris nicht im unklaren sein.

Wehrer betrüblicher Natur ist, daß die Reichsregierung auch die Barzahlungen an Frankreich und Belgien als offiziell eingestellt erklärt. Denn tatsächlich haben wir schon seit längerem keine Barzahlungen mehr geleistet, weil Deutschland dazu außerstande war. Das Reparationsgesetz vom 14. November, das eine Regelung bringen sollte, ist nach wie vor in der Schwebel. Da ja bekanntlich keine Antwort auf dieses Gesetz der Regierung erteilt, das sich die Regierung Genu zu eigen gemacht hat, erfolgt ist, und die damals eingeleiteten Verhandlungen durch den negativen Ausgang der Konferenzen in London und Paris sich geschlossen haben.

Halbstündiger Generalkrieg im besetzten Gebiet

Essen, 12. Januar. (Fig. Drahtm.) Die Bevölkerung des räumlich besetzten Gebietes kann sich leider aus verschiedenen Gründen nicht an den für Sonntag im ganzen Reich geplanten Kundgebungen gegen die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebietes beteiligen. Die Gewerkschaften haben daher für das gesamte besetzte Gebiet und die Provinz Westfalen für Montag in der Zeit von 11 bis 11,30 Uhr vormittags den Generalkrieg proklamiert. Sie wollen, wie es in einem Aufruf heißt, „in Fabrik und Werkstatt, in Läden, Bureaus und auf der Straße, kurzum allwärts, wo sie tätig sind, diese Arbeitspause einleiten lassen“. Sie protestieren gleichzeitig gegen den Verfall der Vertrag und bekennen, daß die deutsche demokratische Republik ihnen aus Herz gewachsen ist und daß sie trotz den schweren Zeiten und Stürmen fest zum Reich halten.

Die Hälfte der Gruben im Besitz

Essen, 12. Januar. (Fig. Drahtm.) Die französischen und die belgischen Truppen haben nach dem Stande der Besetzung von heute nachmittags 50 Proz. der rheinisch-westfälischen Steinkohlengruben in ihrem Besitz.

Wahlungen

Die Arbeiter lassen sich nicht überreden.
Essen, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die äußere militärische Besatzungsmaßnahme gegen die friedliche Bevölkerung an der Ruhr scheint vorläufig als abgeschlossen gelten zu können. Jetzt werden die Besatzungs- und Maschinenregimente, soweit sie nicht zu andern Aufgaben Verwendung finden, aufgestellt, um die Ingenieurkommission in den Besitz der wirtschaftlichen Macht zu bringen, ihr in Besondere die Gewalt über die Kohlenverteilung zu sichern. Nur die Gewalt — die Arbeit sollen deutsche Besatzer und deutsche Arbeiter machen! Sie will man kommandieren nach Willkür! Daß das nicht so einfach ist, dürfte den französischen Unterhändlern der Aufgabe der Beratungen gezeigt haben, die man im Laufe des Freitag mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt hat aber zu führen suchte. Wie Herr Poincaré erbaun-

gemäß unterrichtet, wird ihm mitgeteilt, daß selbst die Schneiderleuten seiner Agenten schmächtig versagen, wenn dieser der Sieger ist, den er in seiner letzten Kammerrede zum besten gab, wesentlich gedämpft werden.

Die Arbeiterverbände, die am Freitag von einer französischen Militärkommission aufgesucht wurden, haben es abgelehnt, die angebotene Hilfe zu empfangen, da sie jedes Wohlwollen als unangenehm bezeichnen. Sie haben im Gegenteil die Beauftragten Poincarés auf die wirtschaftlichen Folgen dieses letzten Gewaltakts hingewiesen und ihnen erklärt, daß mit dem ungeheuren Schaden, den der französische Militarismus in den deutschen besetzten Gebieten verursacht, Nordfrankreich längst hätte wieder aufgebaut werden können, ferner, daß sie keine Vermittlung der Franzosen bei Lohnstreiksbedrohungen brauchen und sich selbst hart genug fühlen, die Wahlkämpfe wieder zu erhalten. Die französische Agitation konnte der deutschen Arbeiterkraft nie und nimmer weismachen, daß finanzielle Notwendigkeiten diesen Gewaltakt notwendig gemacht hätten.

Diese Haltung wird die gesamte Arbeiterkraft im Ruhrgebiet einnehmen, so stellt sich demnach Frankreich an sie heranmachen. Für die deutsche Arbeiterkraft bleibt die Befreiung des Ruhrgebietes ein Gewaltakt!

Der deutsche Protest

Berlin, 12. Januar. Die Reichsregierung hat dem belgischen französischen Vorkomitee (und ebenso dem belgischen Befehlshaber) heute mittags 1 Uhr folgende Antwort auf die Notifikation der Besetzung des Ruhrgebietes übermitteln lassen:

Die französische Regierung hat ebenso wie die belgische Regierung eine Aktion gegen das Ruhrgebiet beschlossen, die sie als Entsendung einer Kontrollkommission von Ingenieuren und Beamten bezeichnet. Diese Kommission soll, von Truppen begleitet, die Tätigkeit des deutschen Kohlenindustrials überwachen, die genaue Durchführung des Programms der Reparationskommission sicherstellen und alle für die Bezahlung der Reparationen notwendigen Maßnahmen treffen. In diesem Punkte soll sie mit bilateralen Beschlüssen ausgestattet werden.

Die französische Regierung gründet die Aktion auf die Feststellung der Reparationskommission über den Stand der deutschen Kohle- und Kohlenlieferungen und beruft sich dabei auf die §§ 17 und 18 der Anlage II zu Teil VIII des Versailler Vertrages.

Die deutsche Regierung muß den Schlichter zerkleinern, den die französische Regierung mit dieser Darstellung über den wahren Charakter ihres Vorgehens zu werben sucht. Die deutsche Regierung erklärt, daß die Beschlüsse der Reparationskommission und die angeführten Vertragsbestimmungen keinerlei Rechtsgrundlage für die Aktion im Ruhrgebiete enthalten, daß diese Aktion vielmehr eine Verletzung des Völkerrechts und des Versailler Vertrages darstellt.

Nach den ausdrücklichen Feststellungen der Reparationskommission in ihrer Note vom 21. März 1922 würde eine Verletzung der Kohle- und Kohlenlieferungen nicht anders als eine Forderung von Barzahlungen rechtfertigen, so daß die Anordnung anderweitiger Maßnahmen auf Grund der §§ 17 und 18 in diesem Falle ausgeschlossen ist. Selbst bei rechtmäßiger Anwendung der §§ 17 und 18 würden aber nur wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen oder nur solche Maßnahmen, die ihnen im Wesen und der Bedeutung nach gleichzustellen sind, gegen Deutschland getroffen werden dürfen. Das könnten nur Maßnahmen sein, die die Aktivitäten in ihrem eigenen Hoheitsgebiet durchzuführen, nicht dagegen Maßnahmen, die, wie der gegenwärtige Einbruch der Truppen und Beamten in das Ruhrgebiet, die denkbare schwerste Verletzung der deutschen Souveränität bedeuten. Ein Blick können nach dem Vertrage etwa zureichende Maßnahmen gegen Deutschland nur von den an den Reparationen beteiligten alliierten Mächten gemeinsam, nicht von einzelnen Mächten auf eigene Faust getroffen werden.

Jedemwede Verstoß der französischen Regierung, die Schwere dieses Vertragsbruches dadurch zu verhüllen, daß sie der Aktion eine friedliche Benennung gibt, die Tatsache, daß eine Armee in kriegsmäßiger Zusammenfassung und Bewaffnung die Grenzen des unbesetzten deutschen Gebietes überschreitet, kennzeichnet das französische Vorgehen als eine militärische Aktion. Daraus wird nicht geahndet durch die Erklärung, daß Frankreich keine militärische Operation oder Besetzung mit politischem Charakter beabsichtige, eine Erklärung, die übrigens nicht unbedingt, sondern nur für den gegenwärtigen Augenblick ausgesprochen wird.

Die deutsche Regierung stellt fest, daß die französische Regierung als einzigen sachlichen Grund für diesen Vertragsbruch die Tatsache heranzieht, daß Deutschland für das Jahr 1922 bei der Bezahlung von Gold und Kohlen im Rückstand geblieben ist.

Nach den ungeheuren Leistungen, die Deutschland in Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens und des Versailler Vertrages unter äußerster Anspannung und bei der Erschöpfung seiner Leistungsfähigkeit vier Jahre lang bewirkt hat, genügen diese geringfügigen Rückstände der französischen Regierung, um mit starkem französischen Aufgebot in deutsches Gebiet einzudringen und die Hand an den wichtigsten Teil der deutschen Wirtschaft zu legen.

Die deutsche Regierung erhebt gegen die Gewalt, die hier einem wehrlosen Volk angetan wird, vor der ganzen Welt förmlich Protest. Sie kann sich gegen diese Gewalt nicht wehren, sie ist aber nicht gewillt, sich dem Friedensbruch zu fügen oder gar, wie ihr angeboten wird, bei der Durchführung der französischen Absichten mitzuwirken. Sie weiß diese Summe aus Rücksicht auf die Verantwortlichkeit für alle entstehenden Folgen nicht allein auf die Regierungen, die den Einmarsch vollzogen haben.

Die Folgen haben sich bereits in einer weiteren Entwertung der Mark und einer sprunghaften Steigerung aller Preise in Deutschland gezeigt. Die künftigen wirtschaftlichen und politischen Folgen sind unübersehbar. Solange der vertragswidrige Aufruch, geschaffen durch den gewalttätigen Eingriff in das Zentrum der deutschen Wirtschaft, andauert und seine tatsächlichen Folgen nicht beseitigt sind, ist Deutschland nicht in der Lage, Verhandlungen an diejenige Mächte zu bewirken, die jenen Zustand herbeigeführt haben.

Nationale Einheitsfront?

Von Hermann Wendel

Als an Poincarés Starrsinn die Verhufe der Entente, sich über Deutschland zu verständigen, gescheitert waren, beehrte sich „eine hochstehende politische Persönlichkeit des Reiches“, einem Zeitungsmanne zu erklären, daß alle Parteien in Deutschland eine Pänderpolitik ablehnten, beziehe „also jetzt“ die Einheitsfront; der Ehor der nationalitätlichen Presse stampft wie eine Kriegsglocke Achtantinger den Boden unter dem rühmlichen Geheul: Nationale Einheitsfront! Nationale Einheitsfront!

Soweit an diesen aufgeregten Parolen etwas Berechtigtes ist, braucht dazu nicht erst mit der Faust auf den Stammtisch geschlagen zu werden; auch in der Politik gilt Fischers Wort: „Das Moralische verbleibt sich immer von selbst.“ Und es verbleibt sich wirklich ganz von selbst, daß wir in der Stunde, da Poincaré mit dem Degen Jochs Politik treibt, ihn nicht wohlwollender betrachten denn vordem, da zwischen Tröhlung und Tat noch ein Zwiespalt klappte. Die engbrüstigen gewalttätigen und gemeingefährlichen Praktiken eines ungelassenen Imperialismus haben wir bekämpft, wenn er die schwarze rote Fahne hüllte, und werden sie wahrlich nicht befechteten, wenn er sich unter der blauweißen Fahne entfaltet. Zwar hat Herr Poincaré sechsmal für einmal verkehrt, daß er an eine Vernichtung Deutschlands nicht denke, aber in der Tat kommt, wie auch die weiterblickenden Engländer erkannt haben, kein Gebote darauf hinaus.

Nur steht hinter dem allen für die deutsche Sozialdemokratie kein schlüssiger Beweis für die nationale Einheitsfront. Im August 1914 kam es zu dieser Einheitsfront, vielleicht weil nach dem tieferen Sinn der geschichtlichen Entwicklung erst der russische Despotismus an dem deutschen Widerstand zerbröckeln mußte, ehe der deutsche Halbabsolutismus an der westlichen Demokratie gescheiterte, auf jeden Fall aber, weil das deutsche Volk in einem Rebell von Jügen über den Kriegsausbruch eingespannen wurde. Heute leben wir klarer. Heute wissen wir, daß die Selbstsucht der besitzenden Schichten Deutschlands, die sich seit Krieg und Zusammenbruch ungeheuerlich bereichert haben, an der Behebung der Reparationsfrage ihr gerüttelt Maß Schuld trägt. Heute wissen wir vor allem, daß genau wie die kommunistischen Befürworter der proletarischen Einheitsfront, die chauvinistischen Ausstromer der nationalen Einheitsfront damit lediglich Deckung durch die große Mehrheit des Volks für ihre wahnwichtigen Pläne suchen.

Denn mit wem sollte uns die Einheitsfront zusammenführen? Mit denen, die früher so oft durch Maulaufstreifen und Säbelwehen die peinliche Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf Deutschland lenkten? Die im August 1914 aufjuchzten, daß jetzt die ersehnte Stunde gekommen sei? Die sich vier Jahre als annexionsistische Bielesche den Bauch vollschlugen? Die den schritten Normschrei ausstießen: Ein Verständigungsfriede droht! Die gebieterisch den Gewaltfrieden, den Siegfrieden, den Schwertfrieden verlangten und den Gewaltfrieden, den Siegfrieden, den Schwertfrieden bekamen — nur von der andern Seite? Einheitsfront mit den Generalfeldherren, die noch Revanche rufen? Einheitsfront mit den Kassenhändlern, die die bayerischen Faschisten gorden aushalten? Einheitsfront mit den Hafenkreuzottern, den Blauschneidern, den Ministermördern, den Nationalunken jeden Kalibers? Einheitsfront mit Helfferich, Müller, Ehrhardt, Gittler? Danke sehr!

Was nationalitätliche Ueberbithung als Rettung des Vaterlandes anpreist, die nationale Einheitsfront, wäre in Wahrheit das Verderben Deutschlands. Wohl ist die Sozialdemokratie heute in einer innerpolitischen Lage, die nicht dauern kann, denn die Regierung stillschweigend, achselzuckend, mit Wenn schon und Immerhin zu unterstützen, ohne an ihr teilzuhaben, gewissermaßen im Anhängewagen der Regierung mitzuführen, ist für die größte Partei des Parlaments und des Landes ein sehr mühsames und unter Umständen auch sehr kostspieliges Vergnügen. Wohl ist es auch menschlich begreiflich, wenn selbst friedfertigen Gemütern die nationalitätliche Galle ins Blut läuft, da Deutschland schon so lange, mit Poincarés Schlinge um den Hals, auf der Galgenleiter steht. Aber das wäre ein dürftiger Sozialismus und Pazifismus, den man nur bei beitemer, sonnigem Wetter als zusammengefallenen Baumvollregenschirm unter dem Arm trägt, und bei Regen, Sturm und Schloßen zu Hause in der Himmerecke ließe. Gerade jetzt heißt es sich sozialistisch bewähren, jult in dieser Stunde heißt es den Revanchehehern und Radebrechigern mit sichtbarem Rud obrücken, denn je isolierter die Bogelknechten der schwarze roten Vergangenheit in Deutschland bestehen, desto isolierter wird Poincarés Imperialismus in Europa und in der Welt bestehen. Aber nationale Einheitsfront, große Koalition, die Sozialdemokratie mit Herz und Sand für Stinnes — nichts wäre den Pariser Gewaltpolitikern willkommener, denn wenn der Sorbonneprofessor Henri Lichtenberger eben bekennet, daß die Franzosen dazu neigten, die heftigsten Rechtsradikalen in Deutschland als ganz besonders typische Vertreter der deutschen Geistesverfassung anzusehen und ein unbewußtes oder verstecktes Alldeutschum bei allen Deutschen anzunehmen, was könnte sie mehr in diesem Vorurteil befechten als die Verpöndung der deutschen Arbeiter mit den gefälligsten Feinden Frankreichs, mit den gekochten Segnern jeder Erfüllungspolitik?

Nein, nur eine Einheitsfront darf uns Ziel und Lösung sein, die der sozialistischen Internation alle Vorwiegend Wochen der internationale Gewerkschaftskongress im Haag, vor wenigen Tagen die französische General-